

Schlagabtausch um Waffen-Initiative

Im Nationalrat stellt sich eine klare bürgerliche Mehrheit gegen das Volksbegehren von SP und Grünen

Die Schusswaffe lässt die Emotionen im Parlament hochgehen: Die Linke sieht in der Waffe eine Gefahr, die Rechte einen Vertrauensbeweis für den Bürger.

Niklaus Nuspliger, Bern

Was für die SVP die «Ausschaffungsinitiative» ist für die Linke die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt». Beide Begehren versprechen «mehr Sicherheit», beide dürften im Volk auf Sympathien stossen, beide lösen bei Befürwortern wie Gegnern Emotionen aus.

Mehr Sicherheit für Frauen

Emotional war am Donnerstag denn auch die Nationalratsdebatte über die Waffenschutz-Initiative, welche die Verfügbarkeit der heute 2,3 Millionen Schusswaffen in privaten Haushalten einschränken will. Initiantin Chantal Galladé (sp., Zürich) verwies auf den statistischen Zusammenhang zwischen reduzierter Verfügbarkeit von Waffen und der Eindämmung häuslicher Gewalt sowie der Suizidrate. Gerade für Frauen bringe die Initiative mehr Sicherheit, zumal Waffen auch psychologische Drohmittel seien. «Spielen wir kein russisches Roulette mit Menschenleben!», rief Galladé aus. Wer die Initiative ablehne, trage eine «Mitverantwortung für jeden Schusswaffen-Toten».

Toni Bortoluzzi (svp., Zürich) erklärte indes, die Initiative schaffe «Scheinsicherheit». Gefahr gehe vom Menschen, nicht von der Waffe aus. Ebenso gut könnte man laut Jean Henri Dunant (svp., Basel-Stadt) «Messer oder Teigroller» verbieten. Ulrich Schlüer (svp., Zürich) argumentierte, die Initiative wolle die «ehrlichen Bürger entwaffnen» und den Kriminellen, die sich auf dem Schwarzmarkt eindeckten, das «Waffenmonopol» im Land überlassen.

Eine Hauptforderung der Initiative ist die obligatorische Aufbewahrung der Ordonnanzwaffe im Zeughaus. Militärisch sei die Heimabgabe der Armeewaffe sinnlos, meinte Joseph Lang (gp., Zug). Franziska Teuscher (gp., Bern) illustrierte das von der Ordonnanzwaffe ausgehende Sicherheitsrisiko anhand des Tötungsdelikts von Zürich Höngg. Die bürgerliche Mehrheit sah aber das Milizsystem gefährdet: Für Ruedi Lustenberger (cvp., Luzern) rüttelt die Initiative an den «Grundfesten der bewaffneten Neutralität» und zerstört das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat. Ida Glanzmann (cvp., Luzern) verwies namens der Sicherheitskommission auf die verschiedenen in den letzten drei Jahren ergriffenen Massnahmen wie die freiwillige Hinterlegung der Armeewaffe im Zeughaus.

Widerstand gegen die Initiative regte sich auch seitens der Jäger und Sportschützen: Denn gemäss Initiative soll nur noch eine Waffe besitzen können, wer den Bedarf nachweisen kann und einen Fähigkeitsausweis erwirbt - wobei die Initiative Jägern, Schützen und Sammlern den Waffenbesitz explizit erlauben will. Dennoch erklärte Jakob Büchel (cvp., St. Gallen), die Initiative würde den 185 000 lizenzierten Schützen die Ausübung ihres Sports massiv erschweren und die Durchführung von Jungschützenkursen «total verhindern».

Heikler Paradigmawechsel

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf kritisierte den Paradigmawechsel, wonach der Waffenerwerb im Grundsatz nicht mehr frei, sondern verboten wäre. Die gesetzliche Ausformulierung der Ausnahmen und die Kontrolle brächten Abgrenzungsschwierigkeiten und administrativen Mehraufwand mit sich. Da Ausnahmen möglich blieben, sei die Initiative auch keine Garantie für eine tatsächliche Reduktion von Waffen in Privathaushalten. Das von der Initiative geforderte Verbot von Serienfeuerwaffen sah Widmer-Schlumpf «im Grundsatz» bereits erfüllt. - Da sich die Debatte in die Länge zog, verschob der Nationalrat den Entscheid über die Abstimmungsempfehlung auf Freitag. Ein klares Nein ist absehbar: Nur SP, Grüne und Grünliberale kündigten ein Ja an.